

Inhaltsübersicht

Kapitel 1: Einleitung	1
A. Arbeitsthesen	2
B. Methodik und Gegenstand der Untersuchung	3
C. Gang der Untersuchung	8
Kapitel 2: Was legitimiert die Schiedsgerichtsbarkeit? Kritische Würdigung eines altbekannten Lösungsansatzes	10
A. Der Schiedsspruch zwischen privatrechtlichem Vergleich und staatlichem Urteil – eine Standortbestimmung	10
B. Folgen der Einräumung prozessualer Wirkungen für die Schiedsgerichtsbarkeit	24
C. Die verfassungsrechtlichen Verfahrensgarantien als Kern der Legitimationsfrage	34
D. Eigener Lösungsansatz: Ergänzung der Legitimationsfrage um die Trias rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien	58
Kapitel 3: Erfüllt das deutsche Schiedsverfahrensrecht seine verfassungsrechtlichen Anforderungen? Untersuchung des staatlichen Kontrollsystems	60
A. Das Regelungsgefüge aus Verpflichtungs- und Kontrollnormen für das laufende Schiedsverfahren	61
B. Das Aufhebungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren als abschließende Kontrollinstanz	113
C. Ergebnis: Grundsätzlich ausgewogenes staatliches Kontrollsyste vorhanden	125

Kapitel 4: Subjektive Begrenzung des deutschen Schiedsverfahrensrechts? Zur Erweiterbarkeit des Zehnten Buchs der ZPO	127
A. Subjektive Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO.....	128
B. Aufstellen von Anforderungen an eine subjektive Erweiterung mittels Verfahrensvereinbarung	154
C. Eigener Lösungsansatz: Leitlinien für eine subjektive Erweiterung des gesetzlichen Regelungsmodells mittels Verfahrensvereinbarung.....	184
Kapitel 5: Möglichkeiten einer subjektiven Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts mittels Verfahrensvereinbarung	187
A. Mehrparteienmodelle im Sinne der ersten Fallgruppe.....	187
B. Drittbe teiligungsmodelle im Sinne der zweiten Fallgruppe	220
C. Ergebnis: Leitlinien für eine rechtssichere subjektive Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts praktisch einsetzbar.....	271
Kapitel 6: Subjektive Erweiterbarkeit des deutschen Schiedsverfahrensrechts im Falle einer Rechtsnachfolge?.....	273
A. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage für die Wirkungserstreckung auf den Rechtsnachfolger	274
B. Vorprozessualer Eintritt der Rechtsnachfolge.....	279
C. Eintritt der Rechtsnachfolge während des laufenden Schiedsverfahrens	289
D. Eintritt der Rechtsnachfolge nach Erlass des Schiedsspruchs	301
E. Ergebnis: Klare und verfassungskonforme gesetzliche Grundlagen für die schiedsverfahrensrechtliche Rechtsnachfolge erforderlich.....	336
Kapitel 7: Schlussthesen	339
Literaturverzeichnis.....	353
Sachregister.....	369

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIV
Kapitel 1: Einleitung	1
A. Arbeitsthesen	2
B. Methodik und Gegenstand der Untersuchung	3
C. Gang der Untersuchung.....	8
Kapitel 2: Was legitimiert die Schiedsgerichtsbarkeit? Kritische Würdigung eines altbekannten Lösungsansatzes	10
A. Der Schiedsspruch zwischen privatrechtlichem Vergleich und staatlichem Urteil – eine Standortbestimmung	10
I. Die rein privatrechtliche Konfliktlösung als Ausfluss der Privatautonomie.....	13
II. Das gerichtliche Urteil als Ergebnis des staatlichen Rechtsschutzsystems.....	15
III. Die Schiedsgerichtsbarkeit als privater Konfliktlösungsmechanismus mit öffentlich-rechtlichen Wirkungen	17
1. Die Schiedsgerichtsbarkeit zwischen den Stühlen.....	17
2. Ein Ausflug in die Rechtsgeschichte	19
3. Trennung von Wesen und Wirkung der Schiedsgerichtsbarkeit....	21
4. Zusammenfassung	24
B. Folgen der Einräumung prozessualer Wirkungen für die Schiedsgerichtsbarkeit.....	24
I. Verfassungsrechtliche Relevanz der prozessualen Wirkungen	25
1. Unmittelbare Bindung allein der Staatgewalten	25
2. Möglichkeit zwangsweiser Durchsetzung des Schiedsspruchs	27
3. Möglichkeit prozessualer Durchsetzung des Schiedsspruchs.....	28
4. Verbindliche Zuständigkeitsbegründung des Schiedsgerichts	29
II. Folgen der Verfassungsrelevanz der prozessualen Wirkungen	30

1.	Pflicht des Staates zur Vorsehung eines Kontrollsystems.....	30
2.	Beeinflussung des privatrechtlichen Schiedsverfahrens	31
3.	Beeinflussung der privatrechtlichen Akteure.....	32
III.	Fazit: Wechselspiel zwischen prozessualen Wirkungen und Verfassungsrecht	33
C.	Die verfassungsrechtlichen Verfahrensgarantien als Kern der Legitimationsfrage	34
I.	Verfassungsrechtliche Herleitung	34
1.	Allgemeine Handlungsfreiheit und Privatautonomie?	34
a)	Recht, privatrechtlichen Konfliktlösungsmechanismus zu nutzen	34
b)	Kein Anspruch auf gesetzliche Regelung des privaten Konfliktlösungsmechanismus	36
c)	Kein Anspruch, die Einräumung öffentlich-rechtlicher Wirkungen zu verlangen.....	37
d)	Schutzbereich des Artikel 2 Absatz 1 GG nur partiell berührt ..	38
2.	Gleichheitssatz oder „Subsidiaritätsprinzip“?.....	38
3.	Die Anforderungen des Rechtsstaats an rechtsverbindliche kontradiktoriale Entscheidungen.....	40
a)	Grundentscheidung des Verfassungsgesetzgebers für rechtsstaatliche Verfahren	40
b)	Verfassungsrechtlich gerechtfertigter Eingriff in das Grundrecht auf Privatautonomie.....	43
4.	Fazit: Das Rechtsstaatsprinzip als Ankerpunkt prozessualer Wirkungen kontradiktoriacher Entscheidungen.....	44
II.	Die drei verfassungsrechtlich verbürgten Verfahrensgarantien.....	45
1.	Die Zugangsgarantie	46
a)	Herleitung und Inhalt der Zugangsgarantie.....	46
aa)	Recht auf den gesetzlichen Richter? Rechtsprechungsmonopol?	47
bb)	Recht auf Zugang zu staatlichem Rechtsschutz oder Justizgewähranspruch	49
b)	Keine Betroffenheit durch rein privatrechtlich wirksame Disposition	50
c)	Aber unmittelbare Betroffenheit durch prozessual wirksame Disposition	52
2.	Die verfahrensbezogenen Ausgestaltungsgarantien.....	52
a)	Inhalt und Herleitung der Ausgestaltungsgarantien.....	53
aa)	Recht auf rechtliches Gehör.....	53
bb)	Recht auf faires Verfahren	54
b)	Keine unmittelbare Betroffenheit bei konsensualem Gegenstand der Durchsetzung	55

c) Aber unmittelbare Betroffenheit bei kontradiktorischem Gegenstand der Durchsetzung	56
3. Die Trias rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien als Grundlage prozessualer Wirkungen der Schiedsgerichtsbarkeit.....	57
III. Recht auf Privatautonomie als eigenständiges Legitimationsmittel?.....	57
D. Eigener Lösungsansatz: Ergänzung der Legitimationsfrage um die Trias rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien.....	58
Kapitel 3: Erfüllt das deutsche Schiedsverfahrensrecht seine verfassungsrechtlichen Anforderungen? Untersuchung des staatlichen Kontrollsystems.....	60
A. Das Regelungsgefüge aus Verpflichtungs- und Kontrollnormen für das laufende Schiedsverfahren	61
I. Wahrung des Rechts auf staatlichen Rechtsschutz	62
1. Verfassungsrechtliche Anforderungen an den Ausschluss der Zugangsgarantie.....	62
a) Verzicht auf die Ausübung des konkreten Grundrechtsschutzes als Grundfall.....	63
b) Verfassungsrechtlich gerechtfertigter Grundrechtseingriff als Sonderfall.....	65
aa) Notwendige Differenzierung zwischen Verzicht und Eingriff	67
bb) Element der Freiwilligkeit als Abgrenzungskriterium	69
cc) Vorgehen bei der Abgrenzung in Grenzfällen	70
c) Zusammenfassung und Ausblick für die weitere Untersuchung	71
2. Grundfall vertragliches Rechtsgeschäft: Die Schiedsvereinbarung	72
a) Schiedsvereinbarung als unwiderruflicher Grundrechtsausübungsverzicht	73
b) Vereinbarkeit von privatrechtlichem Rechtsgeschäft und Grundrechtsausübungsverzicht	74
aa) Grundrechtsausübungsverzicht im Falle des Vorliegens eines Freiwilligkeitselementes	75
bb) Ausnahmsweise verfassungsrechtlich gerechtfertigter Grundrechtseingriff?.....	75
c) Schiedsverfahrensrechtliche Anforderungen an die Schiedsvereinbarung	76
aa) § 1031 ZPO als klassische Formvorschrift?	77
bb) Verfassungsgemäßheit des § 1031 ZPO?	79
(1) Verfassungsgemäßheit in Bezug auf die eingeschränkte Formstrenge?.....	80

(2) Verfassungsgemäßheit hinsichtlich der Ermöglichung eines Grundrechtseingriffs?.....	82
cc) Zusammenfassung	83
d) Konsensbasierter Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit als gesetzlicher Regelfall	85
3. Sonderfall einseitiges Rechtsgeschäft: Die Schiedsverfügung	85
a) Ausnahmecharakter der Vorschrift	86
b) Verfassungskonforme Auslegung der Vorschrift	87
aa) Vom Bundesgerichtshof aufgestellte Grundsätze zur Auslegung des § 1066 ZPO	88
bb) Im Einzelfall verfassungskonformer Grundrechtseingriff zulässig	90
c) Keine (entsprechende) Anwendbarkeit des § 1031 ZPO auf § 1066 ZPO	91
4. Sonderfall schiedsgerichtliche Zuständigkeitsbegründung durch Präklusion	92
a) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Präklusion	92
b) Schiedsverfahrensrechtliche Zulässigkeit	95
aa) Widerspruch zu § 1027 ZPO?.....	95
bb) Erheblichkeit schiedsinterner Fristen	97
c) Voraussetzungen und Grenzen der Präklusion	99
aa) Beteiligung am Schiedsverfahren.....	99
bb) Fristäumnis in der Sphäre des Betroffenen	99
cc) Disponibilität des betroffenen Schutzrechts	100
5. Grenzen des Ausschlusses staatlicher Gerichtszuständigkeit: Die Schiedsfähigkeit	101
a) Inhalt der Schiedsfähigkeit in § 1030 ZPO	101
b) Relevanz für sämtliche Möglichkeiten der schiedsgerichtlichen Zuständigkeitsbegründung	102
6. Kontrollmechanismen im laufenden Schiedsverfahren	103
a) Gerichtliche Überprüfung bei Klage vor dem staatlichen Gericht	104
b) Gerichtliche Überprüfung durch Feststellungsantrag an das staatliche Gericht	104
c) Gerichtliche Entscheidung über einen schiedsgerichtlichen Zwischenentscheid	105
d) Rechtsfolgen der Kontrollmechanismen im laufenden Schiedsverfahren	106
II. Wahrung des Rechts auf faires Verfahren	107
1. Verankerung einer allgemeinen Gleichbehandlungspflicht.....	107
2. Gerichtliche Kontrolle der gleichberechtigten Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts.....	108

3. Verankerung und Kontrolle der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Schiedsrichters	110
4. Verankerung des Rechts zur Hinzuziehung eines Prozessbevollmächtigten.....	111
III. Wahrung des Rechts auf rechtliches Gehör	111
1. Verankerung einer allgemeinen Pflicht zur Gehörsgewährung....	112
2. Verankerung spezieller Gehörsgewährungspflichten.....	112
B. Das Aufhebungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren als abschließende Kontrollinstanz.....	113
I. Verhältnis zu den vorgesetzten Kontrollmechanismen	114
II. Antragsgebundene Überprüfung im Aufhebungsverfahren.....	116
1. Verhältnis der Aufhebungsgründe zueinander.....	118
2. Verhältnis des Aufhebungsverfahrens zu den vorgesetzten Kontrollmechanismen	119
III. Obligatorische Überprüfung im Vollstreckbarerklärungsverfahren...	120
1. Verhältnis zum Aufhebungsverfahren nach § 1059 ZPO.....	121
2. Umfang der ordre public-Überprüfung.....	122
C. Ergebnis: Grundsätzlich ausgewogenes staatliches Kontrollsyste vorhanden	125

Kapitel 4: Subjektive Begrenzung des deutschen Schiedsverfahrensrechts? Zur Erweiterbarkeit des Zehnten Buchs der ZPO	127
A. Subjektive Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO.....	128
I. Zugangsgarantie versus Ausgestaltungsgarantien.....	128
II. Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO auf einen Parteienrechtsstreit	130
1. Anknüpfung der Vorschriften des Zehnten Buchs der ZPO an die Verfahrensparteistellung	130
a) Der (Verfahrens-)Parteibegriff im deutschen Schiedsverfahrensrecht.....	130
b) Begrenzung des Anwendungsbereichs auf die Verfahrensparteien	132
2. Hinzutreten eines Ausschlussakts in Bezug auf die Zugangsgarantie.....	132
3. Notwendige Differenzierung zwischen Ausschlussakt und Verfahrensparteistellung	133
a) Die Problematik des dualistischen Parteibegriffs	133
b) Keine „Beteiligung am Schiedsverfahren wider Willen“?.....	134

III. Überprüfung der eigenen These anhand der Vorschrift des § 1055 ZPO	135
1. Vorherrschende Ansichten zur Auslegung des § 1055 ZPO	137
a) Erstes Lager: Formulierung „unter den Parteien“ sei bedeutungslos.....	137
b) Zweites Lager: Formulierung „unter den Parteien“ meine die Parteien der Schiedsvereinbarung.....	139
2. Rechtshistorischer Anknüpfungspunkt der vorherrschenden Ansichten widerlegbar	140
a) Interventionswirkung eines gerichtlichen Urteils in der CPO von 1877 vorgesehen.....	141
b) Rechtskrafterstreckung gerichtlicher Urteile auf den Einzelrechtsnachfolger in der CPO von 1877 vorgesehen.....	142
c) Zusammenfassung	145
3. Gesetzesystematik der CPO von 1877 streitet für Anknüpfung an die Verfahrensparteien	146
4. Verfassungskonforme Auslegung streitet für Anknüpfung an die Verfahrensparteien	147
5. Bundesgerichtshof und Reformgesetzgeber von 1998 streiten für Anknüpfung an die Verfahrensparteien	148
IV. Derzeitige Begrenzung des Zehnten Buchs der ZPO auf einen Zweipersonenrechtsstreit	151
V. Notwendigkeit eigener Bestimmungen für eine subjektive Erweiterung	153
B. Aufstellen von Anforderungen an eine subjektive Erweiterung mittels Verfahrensvereinbarung	154
I. Abstraktion der Regelungsgedanken im Zehnten Buch der ZPO	155
1. Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung zur Wahrung der Ausgestaltungsgarantien	156
a) Bloße Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung ausreichend.....	156
aa) Verfahrensbeteiligung auch ohne Verfahrensparteistellung ausreichend.....	156
bb) Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung ausreichend	157
b) Recht der Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts.....	158
c) Pflicht des Schiedsgerichts zur Unabhängigkeit und Unparteilichkeit.....	159
d) Recht auf Erlangung rechtlichen Gehörs.....	160
2. Vorliegen eines Ausschlussaktes zur Wahrung der Zugangsgarantie.....	160
a) Notwendige Reichweite des Ausschlussakts.....	160
b) Subjekt eines Grundrechtsausübungsverzichts.....	162
c) Subjekt einer wirksamen Schiedsverfügung	162

d) Erweiterbarkeit der schiedsgerichtlichen Zuständigkeitsbegründung kraft Präklusion?	163
3. Vorliegen der erforderlichen Zustimmungen zur Durchführung des Schiedsverfahrens.....	164
a) Parteiliche Zustimmung aus Vertraulichkeitsgründen.....	164
b) Zustimmung des Schiedsgerichts?	165
4. Zusammenfassung: Notwendige Elemente für eine verfassungskonforme Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts.....	165
II. Die Verfahrensvereinbarung als Mittel zum Zweck?.....	166
1. Das Rechtskonstrukt der Verfahrensvereinbarung im Schiedsverfahrensrecht	166
2. Möglichkeiten und Grenzen der privatautonomen Gestaltungsfreiheit.....	168
a) Vorprozessual absehbare Mehrparteien- und Drittbe teiligungsmodelle	168
b) Fälle der schiedsverfahrensrechtlichen Rechtsnachfolge	169
3. Erweiterbarkeit der Wirkungen eines Schiedsspruchs mittels Verfahrensvereinbarung.....	170
4. Erweiterbarkeit der gerichtlichen Kontrollmechanismen im Zehnten Buch der ZPO?.....	172
a) Beschränkung der Kontrollmechanismen im laufenden Schiedsverfahren auf die Verfahrensparteien.....	173
b) Aber Anwendbarkeit der §§ 1059, 1060 ZPO unabhängig von der Verfahrensparteistellung	174
III. Prüfungsmaßstab der staatlichen Gerichte	175
1. Mehrparteienmodelle	175
2. Drittbe teiligungsmodelle.....	176
a) Prüfungsmaßstab des Bundesgerichtshofs: § 138 Absatz 1 BGB	176
b) Kritik an der Vorgehensweise des Bundesgerichtshofs und eigene Stellungnahme.....	177
c) Fazit: Umsichtige Regelung von Drittbe teiligungsmodellen geboten.....	179
IV. Zusammenfassen von Fallgruppen praktisch notwendiger subjektiver Erweiterungen	180
1. Erste Fallgruppe: Mehrparteienmodelle	180
2. Zweite Fallgruppe: Drittbe teiligungsmodelle	183
3. Sonderfall: Schiedsverfahrensrechtliche Rechtsnachfolge.....	184
C. Eigener Lösungsansatz: Leitlinien für eine subjektive Erweiterung des gesetzlichen Regelungsmodells mittels Verfahrensvereinbarung.....	184

Kapitel 5: Möglichkeiten einer subjektiven Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts mittels Verfahrensvereinbarung	187
A. Mehrparteienmodelle im Sinne der ersten Fallgruppe.....	187
I. Konkreter Regelungsbedarf für die Verfahrensvereinbarung.....	188
1. Ausschlussakt und allseitige Zustimmung zum Mehrparteienschiedsverfahren	189
a) Mehrseitige Schiedsvereinbarung	189
b) Reichweite einer Schiedsvereinbarung im Falle der Mehrheit von Verfahrensparteien?.....	191
aa) „Bindung“ von Personengesellschaften mittels § 128 Satz 1 HGB?	192
bb) „Bindung“ von Konzernunternehmen mittels einer Group of Companies Doctrine?.....	196
c) Weitere Möglichkeiten der wirksamen schiedsgerichtlichen Zuständigkeitsbegründung	197
2. Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung als Verfahrenspartei.....	199
3. Recht der Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts....	200
a) Inhaltliche Anforderungen.....	201
b) Zeitliche Grenzen	204
4. Weitere Voraussetzungen	205
II. Einzelne Anwendungsfälle im Rahmen der ersten Fallgruppe.....	206
1. Gewillkürte Parteienmehrheit aus prozessökonomischen Gründen	206
2. Zwingende Parteienmehrheit aus materiell-rechtlichen Gründen.....	208
3. Verfahrensverbindung beziehungsweise Consolidation.....	209
4. Parteibeitritt beziehungsweise Joinder	211
5. Drittklagen und Dritt widerklagen	212
a) Zivilprozessualer Anknüpfungspunkt im deutschen Recht: Die Dritt widerklage	212
b) Zivilprozessuale Anknüpfungspunkte in anderen Rechtordnungen: Die Dritt klage	214
c) Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren.....	215
aa) Die Dritt widerklage nach deutschrechtlichem Beispiel	216
bb) Weitere Möglichkeiten der Durchführung einer Dritt klage	216
6. Parallele Schiedsverfahren mit identischem Schiedsgericht anstelle von Mehrparteienschiedsverfahren?.....	218
III. Fazit: Mehrparteienkonstellationen mit geringem Regelungsaufwand durchführbar.....	219
B. Dritt beteiligungsmodelle im Sinne der zweiten Fallgruppe	220
I. Konkreter Regelungsbedarf im Rahmen der Verfahrensvereinbarung	221

1.	Ausschlussakt und allseitige Zustimmung zur Drittbe teiligung ...	222
2.	Möglichkeit der Verfahrensbeteiligung und der Erlangungen rechtlichen Gehörs	226
3.	Recht der Einflussnahme auf die Bildung des Schiedsgerichts ...	227
4.	Pflicht des Schiedsgerichts zur Unabhängigkeit und Unparteilichkeit	229
5.	Erweiterung der Wirkungen des Schiedsspruchs	230
6.	Zusammenfassung	232
II.	Einzelne Anwendungsfälle im Rahmen der zweiten Fallgruppe	232
1.	Inter omnes-artige Wirkungserstreckung des Schiedsspruchs.....	233
a)	(Zivilprozessualer) Anknüpfungspunkt im deutschen Recht ...	234
b)	Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren am Beispiel gesellschaftsrechtlicher Beschlussmängelstreitigkeiten	235
aa)	Gesellschaftsrechtliche Beschlussmängelstreitigkeiten in Kapitalgesellschaften	236
bb)	Inter omnes-artige Wirkungserstreckung in personengesellschaftsrechtlichen Beschlussmängelstreitigkeiten	238
c)	Gesellschaftsrechtliche Beschlussmängelstreitigkeiten und Präklusion im Aufhebungsverfahren?	240
aa)	Annahme einer umfassenden Präklusion unabhängig vom Anknüpfungspunkt nicht möglich	242
bb)	Lösungsvorschlag: Herbeiführung einer frühzeitigen gerichtlichen Überprüfung gemäß § 1032 Absatz 2 ZPO ...	244
d)	Praktische Relevanz einer prozessual notwendigen Streitgenossenschaft im Schiedsverfahren	245
2.	Streitverkündung	246
a)	Zivilprozessualer Anknüpfungspunkt im deutschen Recht....	246
aa)	Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren	247
bb)	Ausschlussakt und allseitige Zustimmung zur Streitverkündung	248
cc)	Beteiligung des Dritten an der Bildung des Schiedsgerichts und ihre Folgen	250
dd)	Herbeiführbarkeit einer gerichtlichen Entscheidung über die Zulässigkeit der Streitverkündung?	253
ee)	Weitere Voraussetzungen	255
b)	Bisherige Ansätze zur Streitverkündung im Schiedsverfahren	255
aa)	Die Münchener Regeln zur Streitverkündung in Schiedsverfahren	256
bb)	Die Regelungen der SO Bau 2020 und der SL Bau 2021 ...	259
cc)	Die Regelungen der Swiss Rules und der Wiener Regeln ..	259
dd)	Der Entwurf der DIS-ERS	260

c) Praktische Relevanz einer Streitverkündung im Schiedsverfahren	261
3. Nebenintervention.....	263
a) Zivilprozessualer Anknüpfungspunkt im deutschen Recht.....	263
b) Umsetzungsmöglichkeiten im Schiedsverfahren.....	264
aa) Voraussetzungen für eine Nebenintervention im Schiedsverfahren	264
bb) Pflicht zur Zulassung einer Nebenintervention im Schiedsverfahren?.....	266
cc) Bisherige Ansätze zur Nebenintervention im Schiedsverfahren	267
c) Praktische Relevanz einer Nebenintervention im Schiedsverfahren?	268
4. Andere Formen der Drittbe teiligung	269
III. Fazit: Nachbildung von Drittbe teiligungsmodellen mit erhöhtem Regelungsbedarf möglich	270
C. Ergebnis: Leitlinien für eine rechtssichere subjektive Erweiterung des deutschen Schiedsverfahrensrechts praktisch einsetzbar.....	271
 Kapitel 6: Subjektive Erweiterbarkeit des deutschen Schiedsverfahrensrechts im Falle einer Rechtsnachfolge?.....	273
 A. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage für die Wirkungserstreckung auf den Rechtsnachfolger	274
I. Rechtsnachfolge mit dem Grundkonzept der Schiedsgerichtsbarkeit nicht vereinbar	275
II. Vorliegen einer Eingriffssituation im Falle der Wirkungserstreckung auf Rechtsnachfolger	275
1. Keine „Rechtsnachfolge in Grundrechtsschutz“.....	276
2. Öffentlich-rechtliche Institute der Rechtsnachfolge als Eingriffsinsti tute	277
III. Notwendigkeit hinreichend bestimmter und verhältnismäßiger gesetzlicher Eingriffsgrundlagen.....	278
B. Vorprozessualer Eintritt der Rechtsnachfolge.....	279
I. Vorliegen einer Grundrechtseingriffssituation	280
II. Vorliegen einer hinreichend bestimmten und verhältnismäßigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage?	281
1. Keine spezifische Eingriffsgrundlage im deutschen Schiedsverfahrensrecht	281
2. Vorschriften des materiellen Rechts als geeignete Eingriffsgrundlagen?	281

a) Fall der Gesamtrechtsnachfolge.....	282
b) Fall der Einzelrechtsnachfolge.....	283
c) Übertragbarkeit der Grundsätze zur Schiedsvereinbarung auf den Übergang einer Schiedsverfügung?.....	287
III. Fazit: Vorprozessualer Eintritt der Rechtsnachfolge mit dem bestehenden Recht weitgehend lösbar	287
C. Eintritt der Rechtsnachfolge während des laufenden Schiedsverfahrens 289	
I. Vorliegen einer Grundrechtseingriffssituation	289
II. Vorliegen einer hinreichend bestimmten und verhältnismäßigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage?	289
1. Fall der Gesamtrechtsnachfolge	290
a) Gesetzliche Grundlage für die Bindung des Gesamtrechtsnachfolgers an den bisherigen Verfahrensstand .291	
b) Gesetzliche Grundlage für die verfahrensrechtlichen Folgen der Gesamtrechtsnachfolge?	292
2. Fall der Einzelrechtsnachfolge	293
a) Keine analoge Anwendbarkeit der allgemeinen zivilprozessualen Regelungen.....	295
b) Kein Rückgriff auf die Vorschriften des materiellen Rechts ...297	
c) Rückgriff auf prozessvertragliche Verfahrensförderungspflicht nicht ausreichend.....	297
d) Gesetzliche Ausgangslage und alternative Lösungsmöglichkeiten.....	298
III. Fazit: Gesetzliche Regelung der Rechtsnachfolge im laufenden Schiedsverfahren wünschenswert.....	300
D. Eintritt der Rechtsnachfolge nach Erlass des Schiedsspruchs	301
I. Vorliegen einer Grundrechtseingriffssituation	302
II. Vorliegen einer hinreichend bestimmten und verhältnismäßigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage?	303
1. Rechtskrafterstreckung eines Schiedsspruchs auf den Rechtsnachfolger	304
a) Vorliegen einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Eingriffsgrundlage?	304
aa) Keine spezifische Eingriffsgrundlage im deutschen Schiedsverfahrensrecht	306
bb) Keine analoge Anwendbarkeit der allgemeinen zivilprozessualen Regelungen.....	308
cc) Kein Rückgriff auf die Vorschriften des materiellen Rechts.....	309
dd) Kein Rückgriff auf den hypothetischen Übergang der zugrundeliegenden Schiedsvereinbarung	310
ee) Fazit: Vorliegen einer eindeutigen gesetzlichen Eingriffsgrundlage höchst zweifelhaft	312

b) Verhältnismäßigkeit einer Rechtskrafterstreckung des Schiedsspruchs auf den Rechtsnachfolger?.....	313
aa) Konzeption der Rechtskraftwirkung eines Schiedsspruchs nicht auf Grundrechtseingriff ausgelegt	314
bb) Kontrolle rechtsstaatlicher Mindeststandards nach derzeitiger Rechtslage nicht gesichert.....	316
c) Fazit: Eindeutige und verhältnismäßige Grundlage für die Rechtskrafterstreckung wünschenswert	317
2. Zwangsweise Durchsetzbarkeit eines Schiedsspruchs gegen den Rechtsnachfolger	318
a) Vorliegen einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Eingriffsgrundlage?	318
aa) Verweis auf die Vorschrift des § 727 Absatz 1 ZPO	319
bb) Anknüpfbarkeit an den gerichtlichen Vollstreckbarerklärungsbeschluss	319
cc) Anknüpfbarkeit an den Schiedsspruch selbst?.....	321
b) Verhältnismäßigkeit einer zwangsweisen Durchsetzbarkeit des Schiedsspruchs gegen den Rechtsnachfolger	322
c) Fazit: Zwangsweise Durchsetzbarkeit gegenüber dem Rechtsnachfolger mit dem bestehenden Recht weitgehend lösbar	323
III. Übertragung der Erkenntnisse zur materiellen Durchsetzbarkeit auf die Rechtskrafterstreckung eines Schiedsspruchs	323
1. Annahme einer Nichtigkeit des Schiedsspruchs für Legitimation der Rechtskrafterstreckung ausreichend?	324
a) Kein einstimmiges Meinungsbild	324
b) Zulässigkeit einer entsprechenden Auslegung zweifelhaft.....	326
c) Zusammenfassung	327
2. Legitimation der Rechtskrafterstreckung durch weite Auslegung des § 1059 Absatz 3 ZPO?.....	328
3. Eigener Lösungsvorschlag: Legitimierung der Rechtskrafterstreckung des Schiedsspruchs mittels inzidenter gerichtlicher Anerkennungsprüfung	329
a) Der Eigenweg des deutschen Gesetzgebers betreffend die prozessuale Durchsetzung inländischer Schiedssprüche	329
aa) Gerichtliche Anerkennungsprüfung von Schiedssprüchen im internationalen Kontext	329
bb) Anerkennung ausländischer Urteile und inländischer Schiedssprüche in der deutschen Rechtsentwicklung	331
b) Notwendigkeit gerichtlicher Überprüfung vor der Wirkungserstreckung auf den Rechtsnachfolger	333
c) Ausblick: Legitimationsstärkung der Schiedsgerichtsbarkeit durch eine allgemeine gerichtliche Anerkennungsprüfung?....	334

E. Ergebnis: Klare und verfassungskonforme gesetzliche Grundlagen für die schiedsverfahrensrechtliche Rechtsnachfolge erforderlich	336
Kapitel 7: Schlussthesen	339
Literaturverzeichnis.....	353
Sachregister.....	369